

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 119. Ratssitzung vom 5. Oktober 2016

2285. 2015/380

Weisung vom 02.12.2015:

Sozialdepartement, Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum, Gemeindebeschluss

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2189 vom 7. September 2016:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Eduard Guggenheim (AL), Christina Hug (Grüne), Dr. Daniel Regli (SVP), Claudia Simon (FDP)

Abwesend: Adrian Gautschi (GLP), Patrick Hadi Huber (SP), Mario Mariani (CVP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): *Ich stelle die wichtigsten Änderungen vor, die die Redaktionskommission (RedK) vorgenommen hat. Schon der Ingress ist etwas unüblich, weil es sich um einen Gemeindebeschluss handelt und nicht um einen Erlass im üblichen Sinn. Die RedK hat vor allem formale Änderungen vorgenommen und die Gestaltung etwas umgebaut. Der ehemalige Einleitungssatz der alten Ziffer 1 wurde zu einer eigenständigen Ziffer 1; darin wird der Grundsatz geregelt. In Ziffer 2 wird der festgeschriebene mobile Antrag ausdifferenziert mit den vier verschiedenen Aufgaben. In der neuen Ziffer 3 ist der Präsenzauftrag ausgeführt, dann folgen die weiteren Ziffern als 4 und 5, statt als 2 und 3. Intern wurden die Verweise korrigiert sowie die üblichen Anpassungen vorgenommen. Die RedK beantragt einstimmig, diesen Änderungen zuzustimmen.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A.

2 / 4

Mehrheit: Markus Baumann (GLP), Referent; Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP)
Minderheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP), Rolf Müller (SVP)
Enthaltung: Andreas Egli (FDP) i. V. von Alexander Brunner (FDP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 49 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die Mehrheit der SK SD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Die Minderheit der SK SD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts B.

Mehrheit: Markus Baumann (GLP), Referent; Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Andreas Egli (FDP) i. V. von Alexander Brunner (FDP), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)
Minderheit: Ezgi Akyol (AL), Referentin; Roberto Bertozzi (SVP), Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt C

Die SK SD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt C.

Zustimmung: Markus Baumann (GLP), Referent; Präsidentin Karin Weyermann (CVP), Vizepräsidentin Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Ezgi Akyol (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Andreas Egli (FDP) i. V. von Alexander Brunner (FDP), Anjushka Früh (SP), Michael Kraft (SP), Mathias Manz (SP), Rolf Müller (SVP), Roger-Paul Speck (SP), Jonas Steiner (SP), Ursula Uttinger (FDP) i. V. von Marcel Müller (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK SD mit 119 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

3 / 4

Damit ist beschlossen:

A. **Zuhanden der Gemeinde:**

Konfliktvermittlung und Hilfe im öffentlich zugänglichen Raum

Der Gemeinderat,

nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 2. Dezember 2015¹,

beschliesst:

1. Die Stadt fördert durch Konfliktvermittlung das rücksichtsvolle Verhalten, die gegenseitige Toleranz und damit die Sicherheit aller Personen im öffentlich zugänglichen Raum und in Einrichtungen des für das Soziale zuständigen Departements. Dies geschieht durch einen mobilen Auftrag und einen Präsenzauftrag.
 2. Im Rahmen des mobilen Auftrags werden regelmässig und auf Meldung hin exponierte, öffentlich zugängliche Orte besucht, um:
 - a. Nutzungskonflikte zu schlichten;
 - b. bei Streit und Lärm zu vermitteln und bei Littering einzuschreiten;
 - c. Information, direkte Hilfe vor Ort und Begleitung zu bieten;
 - d. ambulante Sozialarbeit in Form von Beratung, Vermittlung und Krisenintervention zu leisten.
 3. Im Rahmen des Präsenzauftrags werden exponierte Einrichtungen des für das Soziale zuständigen Departements beaufsichtigt.
 4. Die Leistungen gemäss Ziff. 2 können gegen kostendeckende Verrechnung für andere Gemeinden im Kanton Zürich erbracht werden, sofern deren Aufträge insgesamt nicht mehr als 5 Prozent des gesamten Bruttoaufwands ausmachen.
 5. Die Mittel für die Leistungen gemäss Ziff. 2 und 3 werden vom Gemeinderat im Rahmen des Voranschlags bewilligt.
 6. Der Stadtrat setzt diesen Gemeindebeschluss in Kraft.
- B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz und unter Vorbehalt der Zustimmung der Gemeinde zu Bst. A:
Die Gemeinderatsbeschlüsse Nr. 625 vom 2. Oktober 2002 und Nr. 4874 vom 23. September 2009 werden aufgehoben.
- C. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:
Das Postulat von Guido Hüni und Maleica Landolt (GR Nr. 2014/120) betreffend «Überprüfung und allfällige Anpassung der Rechtsgrundlage für die durch die <sip züri> wahrgenommenen Sicherheits- und Begleitungsaufgaben» wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 12. Oktober 2016 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

¹ Begründung siehe STRB Nr. 1008 vom 2. Dezember 2015.

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat